

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

### Bundeskanzler Kohl in China

Am 12. November trat der deutsche Bundeskanzler eine zehntägige Asienreise an, die ihn durch drei Länder - China, Vietnam und Singapur - führte. Die Hälfte seines Aufenthalts (12.-16. November) verbrachte er in der VR China. Es war dies sein vierter Besuch in der Volksrepublik (nach 1984, 1987 und 1993), wo er u.a. mit Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng, dem Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz, Li Ruihuan sowie mit dem Stellvertretenden und für Wirtschaftsfragen an oberster Stelle zuständigen Zhu Rongji zusammentraf.

Kohl war von den Ministern für Wirtschaft (Rexrodt), Forschung und Technologie (Rüttgers) sowie Post und Telekommunikation (Bötsch) begleitet. Außerdem befanden sich in seinem Gefolge 5 Bundestagsabgeordnete, 47 Vertreter führender deutscher Unternehmen, die nach weiteren Kooperationspartnern suchen wollten.

Kohl und Jiang Zemin waren sich darin einig, daß Deutschland für China auch in Zukunft der wichtigste Partner in Europa bleiben solle. Man darf unterstellen, daß zwischen beiden auch Übereinstimmung darin bestand, daß eine verstärkte Präsenz der deutschen Wirtschaft als Gegengewicht zum übermächtigen Japan von China nicht ungern gesehen wird.

Der Besuch des Kanzlers kam zu einem Zeitpunkt, da die Beziehungen Chinas zu einer anderen westlichen Macht, nämlich zu den USA, aufs äußerste gespannt sind, sei es nun in Fragen des Handels ("geistiges Eigentum"), der Menschenrechte oder aber der Taiwan-Frage. Im Gegensatz dazu ist das Verhältnis der VRCh zu den Ländern Europas - und insbesondere zu Deutschland - nahezu fleckenfrei.

An dem Willen der deutschen Regierung, die Präsenz Deutschlands (und der EU) in Asien zu stärken, gibt es seit längerer Zeit keinen Zweifel mehr. Fragt sich nur, ob auch die deutschen und europäischen Unternehmen hier mitziehen, da, wie Kohl betonte, viel Geld und Geduld notwendig ist, um die "dicken Bretter zu bohren", die es trotz der immer interessanter werdenden Marktsituation in Asien nach wie vor zu bohren gilt. Überhaupt fehlt es an einer langfristig tragfähigen Integration von Wirtschaft und Politik, wengleich der Besuch des Kanzlers und auch die Visiten anderer Bundes- und Landesminister der Wirtschaft bisher durchaus als Türöffner gedient haben.

Ein Hauptwesensmerkmal metakonzernischer Wirtschaftspolitik, wie sie in den letzten Jahren von Japan, den vier Tiger-Ländern und neuerdings auch von der VR China so erfolgreich demonstriert wurde, besteht darin, daß der Staat immer irgendwie seine Hand mit im wirtschaftlichen Spiel hat. Aus dieser Erkenntnis haben auch europäische Regierungen die Konsequenzen zu ziehen. Vor allem bei der Suche nach Großaufträgen dürfte es künftig immer weniger ohne staatliche Flankierung gehen, die notfalls auch auf höchster Ebene - eben auf Ministerpräsidenten-Ebene! - zu erfolgen hat. Darüber hinaus muß mit Hilfe der Botschaften sowie öffentlich geförderter Einrichtungen (im Stil etwa der "Deutschen Häuser" in Shanghai und Singapur) erfolgen. Auch eine Einrichtung wie der neu vereinbarte Deutsch-Chinesische Lenkungsausschuß für Verkehrsprojekte, der von Unternehmern gemeinsam mit Vertretern aus den verschiedenen Ministerien zu besetzen ist, gehört mit zu diesen korporatistischen Ansätzen. In noch weitaus höherem Maße wäre aber die Förderung mittelständischer Unternehmen erforderlich. Hier steckt die Entwicklung noch ganz in den Anfängen!

Am 13. November kam es zur 9. Sitzung der bilateralen Handelskommission, bei der Kohl und Ministerpräsident Li Peng gemeinsam den Vorsitz führten. Beide beteiligten sich auch an

der Zeremonie zur Unterzeichnung von vier zwischenstaatlichen und zwölf Handelsabkommen:

- Die 4 Regierungsabkommen betreffen die Errichtung (1) eines Hochtechnologie-Forums, (2) eines Leistungsausschusses für Verkehrsinfrastruktur (wie oben erwähnt) und (3) eines wissenschaftlichen Austauschentrums. Außerdem wollen beide Seiten (4) bei der außenhandelsbezogenen Gesetzgebung stärker zusammenarbeiten.

- Die zwölf Handelsabkommen im Werte von 12,18 Mrd.US\$ betreffen die Bereiche Energiewirtschaft, Automobilindustrie, Kommunikationswesen und Abwasserreinigung. Eigentlich war die Delegation von 26 Projekten ausgegangen; die chinesische Seite wies jedoch darauf hin, daß 14 Projekte noch nicht reif seien - sie meinten wohl, daß hier noch mehr zugunsten Chinas herausgeholt werden müsse. Alles in allem waren die Abschlüsse damit doch etwas enttäuschend, zumal die deutsche Außenhandelsbilanz mit China nach wie vor tiefrot aussieht und sich auf einen Pfad von rund 5 Mrd.DM eingependelt hat. (Wirtschaftszahlen bei den einschlägigen Übersichten dieser Ausgabe im Wirtschaftsteil)

Die chinesische Seite wies darauf hin, daß in den ersten drei Quartalen des Jahres 1995 das bilaterale Handelsvolumen die Grenze von 9 Mrd.US\$ durchstoßen habe - 14% mehr im Vergleich mit demselben Zeitraum des Vorjahres. Auch die Zukunft biete, wie Li Peng meinte, glänzende Aussichten. China wolle 1996 den Neunten Fünfjahres-Plan (1996-2000) anlaufen lassen, der noch mehr Möglichkeiten für den Handel mit Deutschland eröffne. Deutschland bleibe auch in diesem Zeitraum der größte Handelspartner Chinas in Europa. China hoffe, in den Bereichen Infrastruktur, Basisindustrie sowie bei der Werkstoffproduktion die Zusammenarbeit mit Deutschland noch weiter ausbauen zu können. Allerdings müsse sich die deutsche Industrie mehr als bisher anstrengen, um auf dem chinesischen Markt konkurrenzfähiger zu werden. Außerdem seien die deutschen Waren zu teuer, und es zeigten sich auf der deutschen Seite Defizite bei der Kreditgewährung. Nicht zuletzt lägen die deutschen Direktinvestitionen immer noch bei kaum 900 Mio.US\$.

Alles komme nun darauf an, daß die deutsche Seite ihre Anstrengungen noch einmal wesentlich verstärke.



Li und Kohl waren sich darin einig, daß die Voraussetzungen für solche Verbesserungen durchaus günstig seien, da es weder zwischen Deutschland und China noch zwischen der EU und China grundlegende Differenzen gebe. (XNA, 11., 12., 13., 14. und 15.11.95)

Zum Abschluß seiner Reise besuchte der Kanzler noch die Hafenstadt Qingdao, in dessen Stadtbild sich noch überall die Spuren der deutschen "Tsingtau"-Präsenz zeigen. Auf der Besuchsliste stand dort ein chinesisch-deutsches Joint Venture.

Drei Ereignisse zogen die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich, nämlich der Besuch des Kanzlers bei der 196. Division der "Volksbefreiungsarmee", die Dissidentenfrage und die Absage Li Pengs anlässlich der Abschiedsveranstaltung des Kanzlers in Beijing.

- Am meisten Empörung erweckte der VBA-Besuch, der auch nach Abschluß des Kohl-Besuchs noch Gegenstand einer eigenen Aussprache im deutschen Bundestag wurde. Es zeigte sich bei all diesen Diskussionen, daß sowohl die politische Opposition als auch die publizistische Öffentlichkeit sich in einem Zustand rührender Unkenntnis befinden: Zum einen ist die VBA nach wie vor ein wichtiger Bestandteil des politischen Systems der VR China, weshalb es sich empfiehlt, auch mit ihr in Kontakt zu bleiben, zweitens wird die VBA wirtschaftlich immer wichtiger (vgl. dazu die Ausführungen in C.a., Juli 1995, S.607-620), und drittens kann "die" VBA nicht einfach über einen einheitlichen Leisten gezogen werden. Wer sich mit den Vorgängen vom 4. Juni 1989 gründlich genug beschäftigt hat, weiß, daß damals gerade die Beijinger Truppenteile sich beharrlich geweigert haben, auf die eigene Bevölkerung auch nur einen einzigen Schuß abzufeuern. Gerade wegen dieses an Gehorsamsverweigerung grenzenden Verhaltens wurden ja im nachhinein Hunderte von Offizieren ihrer Ämter enthoben. Durchgeführt worden war das Massaker von Prätorianer-Truppen aus der Anhängerschaft Yang Shangkuns, die rund 1.000 km südlich von Beijing stationiert gewesen waren, und die zu ihrem Einsatz eigens nach Beijing herantransportiert werden mußten, weil mit den lokalen Truppen kein Vorgehen gegen die Bevölkerung zu erwarten gewesen war!

Kohl konnte darauf verweisen, daß die 196. Infanteriedivision in Tianjin zuvor schon vom französischen Generalstabs-

chef und von amerikanischen Generälen besucht worden sei. Er bezwecke nicht eine Normalisierung der deutsch-chinesischen Militärbeziehungen, halte es aber für angezeigt, daß Deutschland im Verhältnis zu China insgesamt auf die gleiche Ebene komme wie die Vereinigten Staaten in deren Beziehungen zu Beijing. Eine Zusammenarbeit auf wehrmedizinischem Gebiet werde geprüft. Auch gegenseitige Unterrichtung über die Methoden der Ausbildung könne in Betracht kommen. Eine Zusammenarbeit wie mit den westlichen Partnern werde es mit der VBA aber nicht geben.

In Deutschland hatten vor allem die Grünen Kohl zur Absage des Besuchs aufgefordert, weil die Rolle des chinesischen Militärs bei der Unterdrückung der Bürgerrechtsbewegung nicht legitimiert werden dürfe.

- Auch in der Dissidentenfrage hatte sich China nicht bewegen lassen: Von 18 politischen Gefangenen, deren Namen 1993 auf die damals beim Kohl-Besuch übergebene Liste eingetragen worden waren, befinden sich nach wie vor 15 in Haft. Auch über den prominentesten Dissidenten, der auf der Liste gestanden hatte, nämlich Wei Jingsheng, war nichts entschieden worden, obwohl die deutsche Seite angeboten hatte, ihn im Fall seiner Freilassung aufzunehmen.

Die deutsche Regierung hat mittlerweile zur Kenntnis nehmen müssen, daß Menschenrechtsappelle - selbst auf höchster Ebene direkt vorgetragen - wenig fruchten, da sie dort nur zu Gesichtverlusten führen - und damit letztlich auch zu Trotzreaktionen. Die Ebene, auf der die Appelle mittlerweile durchaus ankommen, liegt etwas niedriger. Zu ihr gehören beispielsweise Konferenzen von Regierungs-Arbeitsausschüssen und von Wissenschaftlern. Hier ist in der Tat in den letzten Jahren viel Arbeit geleistet - und Sensibilität geschaffen worden.

Der Kanzler handelt richtig, wenn er sich darauf besinnt, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, und wenn er daher vor allem die persönlichen Kontakte pflegt. Auch *guanxi* ziehen ja auf seiten der Chinesen Verpflichtungen nach sich, nicht zuletzt in der so peinlich-sensiblen Menschenrechtsfrage.

- Was schließlich die Absage Li Pengs anlässlich der Abschiedsvorstellung Kohls angeht, so wurde sie vom Kommentator der *South China Morning*

*Post* als "humiliation" ("Demütigung" Kohls) hingestellt. (SCMP, 26.11.95) Kohl teile damit das Schicksal des australischen Ministerpräsidenten Bob Hawke und des früheren US-Präsidenten George Bush, die sich beide guter persönlicher Beziehungen zu den Führern Chinas gerühmt hätten, die dann aber immer wieder vor die Nase gestoßen worden seien.

Wie man im vorliegenden Fall die Frage auch immer dreht und wendet, so läßt sich keine plausible Erklärung für die Absage finden; denn für eine bewußte Konfrontation mit Kohl gab es keinen Anlaß. Möglicherweise wurde der Fall von der Öffentlichkeit auch etwas zu hoch gespielt.

Auch die Tatsache, daß Kohl Li Peng u.a. auf die Menschenrechtsfrage angesprochen hatte, konnte noch kein Grund für eine solche Absage gewesen sein.

Zum Abschluß der Visite bezeichneten beide Seiten den Besuch Kohls als wichtiges Ereignis, das die Chancen auf eine "langandauernde Partnerschaft" noch einmal erhöht habe. Kohl hatte immer wieder auf die Bedeutung Asiens als des in Zukunft bedeutendsten Marktes hingewiesen. Es gelte, die "Zeichen der Zeit" zu erkennen. Er sei allerdings keineswegs als "Handlungsreisender der deutschen Industrie" unterwegs, sondern sehe seine Aufgabe darin, zu verdeutlichen, wie wichtig die wirtschaftlichen Beziehungen sind. Auch die SPD hatte die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft im Ausland stärker zu fördern und umgekehrt für mehr ausländische Investitionen in der Bundesrepublik zu sorgen. Deutschland habe die fundamentalen Veränderungen der Weltwirtschaft außenwirtschaftspolitisch noch lange nicht verarbeitet, hatte die SPD ausgeführt und dem Parlament einen Elf-Punkte-Forderungskatalog vorgelegt.

Mit seinem neuen Asienbesuch ist der deutsche Regierungschef Forderungen dieser Art entgegengekommen. -we-

\*(2)

**Besuch des chinesischen Staatspräsidenten in der Republik Korea**

Vom 13. bis 17. November 1995 hielt sich Staatspräsident Jiang Zemin in der Republik (Süd)Korea auf, ehe er am 17. November zum dritten inoffiziellen Gipfeltreffen der "APEC" nach Osaka weiterflog.



Es war dies der erste Besuch eines chinesischen Spitzenpolitikers seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Seoul und Beijing im August 1992.

Beide Seiten arbeiten vor allem im Wirtschaftsbereich eng zusammen. 1994 betrug das Handelsvolumen rund 12 Mrd. US\$ - für 1995 werden 15 Mrd. US\$ prognostiziert - eine Steigerung um das Fünffache gegenüber der "Ausgangslage" von 1991.

Beide Seiten hatten am Korea-Krieg von 1950 als Gegner teilgenommen und waren jahrzehntelang zueinander auf gespanntem Fuß gestanden. Immer wieder hatte es derweilen geheißt, daß China und Nordkorea sich "wie Lippen und Zähne" zueinander verhielten - nämlich ähnlich reibungslos! Inzwischen freilich hat sich herausgestellt, daß die Zähne auch auf die Lippen beißen können: das Verhältnis Beijings zu Pjongyang ist seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und der RoK immer größer geworden. (Dazu C.a., Mai 1993, Ü 3; C.a., Juli 1993, Ü 1) Hier scheint sich eine Art Nullsummenspiel anzubahnen.

China habe an Korea vor allem *ein* Hauptinteresse, nämlich die Wahrung von Frieden und Stabilität auf der Halbinsel, betonte Jiang Zemin mehrere Male (XNA, 15.11.95): "Das fundamentale Kriterium für die Behandlung der Korea-Frage ist die Wahrung von Frieden und Stabilität", erklärte er. China wolle sich auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz weiter um die Entwicklung einer guten Nachbarschaft mit "der nördlichen und der südlichen Seite der Halbinsel bemühen".

Im Anschluß an die Gespräche gaben die beiden Präsidenten Jiang Zemin und Kim Yung San eine Pressekonferenz, in der sie nochmal die Gemeinsamkeiten betonten, die u.a. auch in einer höchst kritischen Haltung gegenüber Japan - und bestimmten japanischen Politikern besteht. Leider gebe es immer noch japanische Politiker, die auch 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Geschichte entstellten und die Tatsache zu leugnen versuchten, daß die japanischen Militaristen einen Aggressionskrieg gegen China und andere asiatische Länder entfesselt haben. Beide warnten auch vor einem möglichen neuen Militarismus der Japaner.

Jiang Zemin hielt darüber hinaus am 14. November eine 25minütige Rede vor dem koreanischen Parlament, bei

dem er übrigens den Korea-Krieg und die einstige "Waffenbrüderschaft" Chinas mit Nordkorea unerwähnt ließ. (Der Vertrag zwischen Beijing und Pjongyang, der diese Waffenbrüderschaft garantiert, läuft übrigens 1996 aus.) Um so stärker betonte Jiang andererseits die Frage der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und argumentierte vor allem gegen die sogenannte "Theorie der chinesischen Bedrohung". China bleibe trotz rascher wirtschaftlicher Entwicklung noch auf lange Zeit ein Entwicklungsland, könne sich moderne Waffen in großem Umfang deshalb gar nicht leisten. Außerdem trete Beijing stets für eine unabhängige Politik des Friedens ein und sei gewillt, auf der Basis der Fünf Prinzipien vor allem mit seinen Nachbarstaaten eng und freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Die Militärausgaben Chinas beliefen sich auf kaum 1,5% des BSP - und lägen damit wesentlich niedriger als in den meisten anderen Ländern. Schon 1985 habe China seine Truppenstärke um eine Million Mann reduziert. Ein Großteil der Verteidigungsindustrien sei mittlerweile in die Produktion von Zivilgütern überführt worden. Gegenwärtig machten zivile Produkte rund 76% aller von der Verteidigungsindustrie hergestellten Güter aus.

Abgesehen davon wolle China sich in keinem Fall am Rüstungswettlauf beteiligen. Vielmehr blieben "Frieden und Entwicklung" die beiden großen Themen der Beijinger Außenpolitik (XNA, 14.11.95).

Kein Wort über Nordkorea also! Trotz dieser "taktvollen Zurückhaltung" dürften die "Genossen" in Nordkorea freilich erneut Verrat auf Seiten der VRCh gewittert haben!

Während seiner Staatsvisite besuchte Jiang auch südkoreanische Firmen, u.a. den größten Konzern, Hyundai, den Hersteller Nr.1 für Pkws, der sich gerade um einen größeren Einstieg auf dem chinesischen Markt bemüht. Der Hauptwettbewerber Daewoo ist bereits mit zwei Montagewerken in China vertreten. -we-

\* (3)

**Do Muoi, der Parteichef der vietnamesischen KP, besucht die VRCh**

Vom 26.11. bis 1.12. hielt sich KP-Generalsekretär Do Muoi in Beijing, in Tianjin und in Shanghai auf. Zum ersten Mal war er anlässlich der Renormalisierung zwischen beiden Ländern im

November 1991 nach China gekommen. Staats- und Parteichef Jiang Zemin hatte im November 1994 seine Visite erwidert. (Dazu C.a., November 1994, Ü 3)

Bereits kurze Zeit nach Do Muoi kam auch der kubanische Parteichef Castro nach China. Zur Komplettierung der neuen "Sozialistischen Weltgemeinschaft" hätte es es eigentlich nur noch der Anwesenheit Nordkoreas bedurft. Weil "Verdachts"-Momente dieser Art offensichtlich in der Luft lagen, sah sich der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang, bei seiner Pressekonferenz am 21. November veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß Castro und Do Muoi nach China kamen, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern, keineswegs jedoch um trilaterale Beziehungen herzustellen. (BRu 1995, Nr.50, S. 12)

Eines der Hauptthemen bei den Gesprächen dürfte der Beitritt Vietnams zur ASEAN gewesen sein, der bei den Chinesen ganz offensichtlich den Verdacht ausgelöst hatte, daß hier ein antichinesisches Bündnis aufgebaut werde. Auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Hanois zu den USA im Juli 1995 dürfte zu den Gesprächsgegenständen gehört haben.

Daneben gibt es aber auch noch zahlreiche bilaterale Fragen, vor allem im Grenz-, im Maritim- und im Handelsbereich.

Noch wenige Tage vor dem Eintreffen Do Muois in China hatte China nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die VRCh "unbestreitbare Souveränität über die Spratlys" (Nansha) besitze. (XNA, 16.11.95) Kein Wunder, daß die SRV ihre Gegenvorstellungen ebenfalls sogleich wieder zur Sprache gebracht hatte.

Es ist bereits 16 Jahre her, daß beide Seiten im Februar und März 1979 einen Grenzkrieg gegeneinander austrugen. Seescharmützel im Zusammenhang mit den Spratlys haben sich aber auch in den letzten Jahren immer wieder ereignet, vor allem 1988.

Beide Seiten haben sich seit der Renormalisierung ihrer Beziehungen i.J. 1991 darauf geeinigt, daß Streitigkeiten zwischen ihnen ausschließlich mit friedlichen Mitteln geregelt werden sollten, doch schrammen die Auseinandersetzungen auch in jüngster Zeit nur immer ganz knapp an einem militärischen Zusammenstoß vorbei. Vietnam weiß, daß China von seinem Anspruch der Allein-



herrschaft über das Südchinesische Meer keinen Schritt zurückweichen will, ist aber auch seinerseits nicht bereit, Vorstellungen dieser Art auch nur um Millimeter nachzugeben. Permanente Zusammenstöße scheinen also gleichsam vorprogrammiert.

Vietnam versucht in dieser Situation einerseits, möglichst viele Verbündete hinter sich zu scharen (der Anschluß an die ASEAN ist ein Beispiel dafür!) und gleichzeitig permanente arbeitsfähige Beziehungen zu China einzurichten, z.B. in Form verstärkter wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kooperation. Der bilaterale Handel erreicht nach den Voraussagen beider Seiten bis Ende 1995 rund 1 Mrd. US\$ - das Doppelte des Jahres 1994. Da zu dieser Summe noch der für beide Seiten kaum identifizierbare Grenzhandel hinzukommt, haben sich hier also bereits beachtliche Dimensionen aufgebaut, die - ganz im Sinne der übrigen Ambivalenz - der Politik beider Seiten durchaus auch abträglich sein könnten, da Schmuggelgut hier wie dort Probleme aufwirft. -we-

\*(4)

#### Fidel Castro in China

Vom 29. November bis 8. Dezember hielt sich der kubanische Staatspräsident, Dr. Fidel Castro zum ersten Mal in seinem Leben in der VR China auf, um, wie er betonte, einen "weiten Fächer von bilateralen Fragen abzuklären, vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung". Er hoffe darauf, daß sein Besuch die Beziehungen zur VR China weiter bestärke.

Kuba war 1960 das erste Land Lateinamerikas gewesen, das diplomatische Beziehungen mit der VR China aufgenommen hatte. Doch war es wegen der engen Anbindung Kubas an den Hauptfeind der VRCh, nämlich an die Sowjetunion, sowie angesichts zahlreicher ideologischer Differenzen nie zu engeren Verbindungen gekommen.

Bis in die 80er Jahre hinein hatte Castro auch jede antichinesische Kampagne Moskaus begeistert mitgemacht. Für ihn stand bis zum bitteren Ende fest, daß "von der Sowjetunion lernen, siegen lernen" hieß.

Erst seit Ende der 80er Jahre hatte sich das Verhältnis Kubas gegenüber China zu bessern begonnen, vor allem nachdem Castro als einer der ersten Auslän-

der der chinesischen Führung zur Niederschlagung des Studentenaufstands von 1989 gratuliert hatte.

Außenminister Qian Qichen war auf der Zuckerinsel bereits mehrere Male gewesen, und auch Ministerpräsident Li Peng hatte noch Anfang Oktober 1995 einen kurzen Zwischenstop auf dem Flughafen in Havanna eingelegt, wo er mit Castro zusammengetroffen war.

Castro traf kurz nach dem vietnamesischen KP-Führer Do Muoi zu seinem Besuch in der VR China ein. Drei Führer des noch verbliebenen Restes der "realsozialistischen" Welt waren damit innerhalb kurzer Zeit zusammengetroffen. Fehlte als Vierter im Bunde eigentlich nur noch Nordkorea! Die chinesische Seite suchte Koalitionsspekulationen dieser Art jedoch sogleich zu zerstreuen und betonte den eher zufälligen Charakter dieser Koinzidenz! Ein "Dreiertreffen" sei nicht beabsichtigt gewesen!

Immer wieder betonte Castro bei seinem Besuch, daß er sich für die marktwirtschaftlichen Reformen der Chinesen interessiere, und daß es ihm vor allem darum gehe, aus den Erfahrungen Chinas zu lernen und alle von der VRCh gemachten Fehler zu vermeiden. Ganz gewiß kein Zufall war es, daß Castro in Beijing auch die beiden wohl virulentesten "marktwirtschaftlichen" Orte China besuchte, nämlich die Hafenstadt Shanghai und die Sonderwirtschaftszone Shenzhen am Nordrand Hongkongs. Ganz besonders interessierte sich Castro für die Investitionsbedingungen und für die Steuervergünstigungen zugunsten ausländischen Kapitals, die in Shenzhen gewährt werden. Wenn eines Tages die US-Blockade Kubas aufgehoben werde, könnten solche Zonen auch für Kuba Bedeutung erlangen, betonte er.

Kuba befindet sich derzeit auf der Suche nach neuen Handelspartnern, weil ihm mit dem Untergang der UdSSR auch sein wichtigster Waren- und Rohstofflieferant sowie der wichtigste Abnehmer kubanischer Produkte - vor allem von Zucker - abhanden gekommen ist. Ob China hier als vollwertiger Ersatz einspringen kann, ist allerdings mehr als fraglich. Chinesischen Angaben zufolge belief sich das Handelsvolumen zwischen China und Kuba das ganze Jahr 1994 über auf lediglich 500 Mio. US\$, wobei vor allem kubanischer Zucker nach China ausgeführt und Pharmazeutika sowie Lebensmittel aus China importiert wurden. (XNA, 29.11. und 1.12.95)

Castro sucht in China aber auch ein neues Vorbild.

Noch kurz vor seinem Besuch hatte er die Wirtschaftsmodelle in China und Vietnam zu Leitbildern erklärt. Sie zeigten, wie die sozialistische Revolution trotz des Zusammenbruchs der Sowjetunion gerettet werden könne.

Den modellversessenen Chinesen war seit langem kein Gast mehr willkommener als der wissens- und nachahmensbe gierige Castro, der auch immer wieder betont, daß der Sozialismus als System seine Gültigkeit noch lange nicht verloren habe. Der Sozialismus habe lediglich "aufgrund verschiedener Faktoren, Verrat eingeschlossen, eine Schlacht verloren. Ich lehne die Vorstellung ab, daß die Zukunft der Menschheit von einem System wie dem Kapitalismus abhängt, der aufgebaut ist auf Ungleichheit und Eigennutz, auf unerbittlichen Wettbewerb der Menschen untereinander, auf Irrationalität der reinsten Sorte und auf die kriminellste Art der Verschwendung der natürlichen Güter unserer Erde". (Interview Castros in *Focus*, 45/1995, S. 303-333) Auf die wirtschaftlichen Erfolge der VR China eingehend, betonte er: "Die Chinesen haben erstaunliche wirtschaftliche Ergebnisse erzielt, ohne ihr politisches System anzutasten. Wir in Kuba beobachten und analysieren mit Interesse die Geschichte Chinas, obgleich offensichtlich ist, daß es zwischen China und Kuba keine Ähnlichkeiten gibt, wie zu ersehen ist an unserer Geschichte und Kultur und unseren gegenwärtigen Lebensverhältnissen. Ebenso verfolgen wir mit großer Spannung die Erfahrungen, die Vietnam gerade bei seinem Aufbau sammelt." (Ebenda, S. 332) -we-

\*(5)

#### Kondolenz zur Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten

Am Abend des 4. November 1995 wurde der israelische Ministerpräsident Rabin nach Beendigung einer von über 100.000 Menschen veranstalteten Friedensdemonstration in Tel Aviv von einem Angehörigen der ultrarechten Bewegung des Landes ermordet.

Zu den vielen Beileidsschreiben, die schon kurze Zeit später in Israel eintrafen, gehörte auch eine Kondolenzbotschaft des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin, der Rabin als einen "aktiven Vertreter des Friedensprozes-



ses in Mittelost" rühmte (XNA, 6.11.95). Rabin hatte unter dem Beifall der Chinesen 1984 zusammen mit dem Palästinenserführer Arafat auch den Friedensnobelpreis erhalten.

Zu kaum einem anderen Staat hat sich das Verhältnis Chinas so grundlegend gewandelt wie zu Israel. Beide Seiten hatten nach Jahrzehnten der Feindschaft am 24. Januar 1992 diplomatische Beziehungen aufgenommen (ausführlich dazu C.a., Februar 1992, S. 82-86). Seitdem ist es zu einer immer engeren Zusammenarbeit gekommen, sei es nun im landwirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder aber im Waffenbereich. Die Palästinenser-Politik der israelischen Regierung hat diese bilaterale Zusammenarbeit noch verstärkt.

Der Mord könne den mittlerweile auf vollen Touren laufenden Friedensprozeß nicht anhalten, heißt es. (XNA, 6.11.95) -we-

\*(6)

### **Außenpolitische Schwerarbeit der chinesischen Spitzenführung im Jahre 1995**

Im ablaufenden Jahr 1995 können die Spitzenpolitiker der VR China auf ein Jahr zurückblicken, in dessen Verlauf sie außenpolitisch die Ärmel hochgekrempt und Schwerarbeit geleistet haben.

Auf folgende Besuchertouren können sie verweisen: Staatspräsident Jiang Zemin nahm an den 50-Jahr-Feiern zum Ende des "Antifaschistischen Kriegs" in Moskau und an den 50-Jahr-Feiern der UNO in New York teil. Außerdem war er beim Dritten Informellen Treffen der APEC-Führer in Japan anwesend und besuchte darüber hinaus Finnland, Ungarn, Deutschland und die Republik (Süd-)Korea.

Ministerpräsident Li Peng nahm am UNO-Sozialgipfel in Kopenhagen teil und hielt sich außerdem in Weißrußland, der Ukraine, in Rußland, Marokko, Mexico, Peru, Kanada und in Malta auf.

Der Vorsitzende des NVK, Qiao Shi, besuchte Japan, die Republik (Süd-)Korea, Pakistan, Ägypten und Indien.

Der Vorsitzende der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, Li Ruihuan, hielt sich in Kuba, Jamaika, Brasilien und Chile auf.

Auch der Stellvertretende Ministerpräsident Zho Rongji und andere Vertreter der Führung besuchten Dutzende von Ländern in Afrika, Europa und Asien.

Hauptproblem i.J. 1995 war das chinesisch-amerikanische, das chinesisch-russische und das chinesisch-vietnamesische Verhältnis.

- Mit den USA gab es Schwierigkeiten wegen der Taiwan-, der Tibet-, der Menschenrechts-, der Abrüstungs- und der Handelsfrage (geistiges Eigentum, Liberalisierung, vgl. APEC-Thema im vorliegenden Heft).

- Das Verhältnis zu Rußland war im Zusammenhang mit einer Reihe (halb-offizieller) russischer Vorwürfe (Einschleusung von "Millionen von Chinesen" nach Sibirien) und mit inneren Schwierigkeiten Rußlands belastet. Gleichwohl könnte sich der bilaterale Handel von 35,43 Mrd.US\$ i.J. 1994 auf bis zu 40 Mrd.US\$ Ende 1995 hochgeschraubt haben.

- Belastet ist auch das Verhältnis zu Vietnam durch die Spratly-Frage. -we-

ber 1993 vorzeitig auf Bewährung aus dem Strafvollzug entlassen worden. Da Wei jedoch seine politischen Aktivitäten gleich nach seiner Freilassung wieder aufnahm, wurde er nach mehrfachen Verwarnungen im April 1994 erneut festgenommen. Über seinen Aufenthaltsort und die ihm angelasteten Vergehen wurde neunzehn Monate lang nichts bekannt, obwohl nach chinesischem Recht nur eine Untersuchungshaft von bis zu zwölf Wochen erlaubt ist. Die chinesische Justiz benötigte offenbar anderthalb Jahre Zeit, um Belastungsmaterial gegen Wei zu sammeln. (Xinhua, 22.11.95; NZZ, 22.11.95; IHT, 22.11.95)

Der Zeitpunkt der offiziellen Bekanntgabe der Anklage ist bewußt gewählt worden: Um Jiang Zemin peinliche Fragen von seiten westlicher Politiker zu ersparen, wurde die Nachricht erst nach den diplomatischen Begegnungen mit Präsident Clinton in New York, mit Bundeskanzler Kohl in Beijing und mit den Teilnehmern des APEC-Gipfel in Osaka verbreitet.

Der deutsche Bundestag verabschiedete nach einer hitzigen Debatte über die Chinapolitik der Bundesregierung eine Resolution, in der die Freilassung Wei Jingshengs gefordert wurde. Außenminister Kinkel gab bekannt, daß er der chinesischen Regierung bereits mehrfach angeboten habe, Wei Jingsheng in Deutschland politisches Asyl zu gewähren. Dies biete sich an, da Wei Jingshengs Schwester in der Nähe Hamburgs lebe. (IHT, 24.11.95)

Wei Jingsheng wurde Anfang 1995 (in absentia) mit dem schwedischen Olof-Palme-Preis ausgezeichnet. Darüber hinaus war er auch als Kandidat für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Hierzu und zu Weis jüngsten politischen Aktivitäten finden sich detaillierte Informationen in: *Wei Jingsheng: Mein Leben für die Demokratie*, rororo aktuell, Reinbek 1995; *Wei Jingsheng and the Prospects for Democracy in China*, Center for Pacific Asia Studies, Stockholm University 1995.

Anfang 1994 hatte Wei Jingsheng in mehreren Essays vernichtende Kritik am Zustand des Herrschaftssystems geübt und die Verantwortung für die Mißstände der Kommunistischen Partei angelastet. Folgende Passagen seien aus Wei Jingshengs Schriften von 1994 herausgegriffen:

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

### **Wei Jingsheng wegen "Umsturzversuchs" offiziell angeklagt**

Wei Jingsheng, der prominenteste chinesische Dissident, ist am 21. November offiziell verhaftet und angeklagt worden. Ihm wird vorgeworfen, den "Sturz der Regierung" betrieben zu haben. Hierfür können langjährige Freiheitsstrafen, aber auch die Todesstrafe verhängt werden.

Wei war schon im Jahre 1979 wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse und "konterrevolutionärer" Aktivitäten zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wei hatte eine demokratische Öffnung des Herrschaftssystems als notwendige "Fünfte Modernisierung" gefordert und davor gewarnt, daß auch Deng Xiaoping nur eine "neue Diktatur" begründen werde, solange sich das politische System nicht grundlegend ändere.

Im Zusammenhang mit der Bewerbung Beijings um die Austragung der Olympiade im Jahre 2000 war Wei im Okto-